

Petra Crone, MdB

# Grußwort



Liebe Leserin, lieber Leser,

zur letzten Ausgabe meines Newsletters in diesem Jahr, mit dem ich Sie über meine politische Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis informieren möchte, grüße ich Sie herzlich.

Uns alle bewegt weiterhin die Zukunft Europas. Angesichts der ökonomischen Entwicklung und der Lage auf den Finanzmärkten brauchen wir ein engagiertes gemeinschaftliches Handeln mit gemeinschaftlichen Institutionen. Wir brauchen mehr statt weniger Europa. Mehr Europa werden die Bürgerinnen und Bürger aber nur dann akzeptieren, wenn es mit einem Mehr an demokratischer Verantwortung und einer gerechteren Lastenverteilung einhergeht.

Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat in seiner Rede auf dem SPD-Bundesparteitag Deutschlands unverzichtbare Hilfsbereitschaft auf eine wunderbare Formel gebracht: Unsere große Wiederaufbau-Leistung der letzten sechs Jahrzehnte sei nicht möglich gewesen ohne die Hilfen der westlichen Siegermächte, nicht ohne unsere Einbettung in die europäische Gemeinschaft und in das atlantische Bündnis, nicht ohne die Hilfen durch unsere Nachbarn, nicht ohne den politischen Aufbruch im Osten Mitteleuropas und nicht ohne das Ende der kommunistischen Diktatur. „Wir Deutschen haben Grund zur Dankbarkeit. Und zugleich haben wir die Pflicht, uns der empfangenen Solidarität würdig zu erweisen durch unsere eigene Solidarität mit unseren Nachbarn.“

Die schreckliche Mordserie der Zwickauer Nazi-Bande ist ein Fanal. Sie stellt einen tiefen und gravierenden Einschnitt in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dar, die im Kon-

sens der Demokraten gegen die Nazi-Barbarei gegründet wurde. Es wurde nicht erkannt, dass Rechtsextremismus in Rechtsterrorismus umgeschlagen ist. Mahnende Stimmen wurden nicht gehört. Umfassende Ansätze im Kampf gegen Rechts mussten sich in der Vergangenheit immer stärker rechtfertigen, Initiativen waren und sind in ihrer Existenz bedroht. Spätestens jetzt ist Deutschland gefordert, mit aller Kraft den braunen Sumpf, dessen Ausläufer bis weit in die Mitte der Gesellschaft reichen, endgültig trocken zu legen. Dies ist für Sozialdemokraten in ganz besonderer Weise eine Verpflichtung – ihrer eigenen Vergangenheit wie ihrer Grundwerte wegen.

Die Basis meiner politischen Arbeit sind nach wie vor die Besuche und Gespräche in meinem Wahlkreis. Dabei stelle ich immer wieder fest, wie wichtig es ist, Netzwerke auszubauen und zu nutzen. Es ist schön, dass der von mir ins Leben gerufene Arbeitskreis ‚Übergänge und Lebensphasen gestalten‘ inzwischen traditionellen Charakter annimmt und der Kreis der interessierten und fachlich versierten Teilnehmer stetig wächst. Zu vielen Vereinen, Verbänden und Institutionen habe ich einen guten und kontinuierlichen Kontakt. So kann ich die Arbeit im Bundestag mit einer verlässlichen Zielgruppenarbeit verbinden und erhalte wichtige Impulse für meine politische Arbeit. Auch im neuen Jahr freue ich mich wieder auf viele Begegnungen mit unterschiedlichen Menschen; gerade das macht meine Arbeit so interessant.

Ich wünsche Ihnen ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest. Bleiben Sie vor allem gesund.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Petra Crone – MdB

# Inhalt



## Grußwort

### Berlin

Interview zum Schriftführerdienst im Deutschen Bundestag .....	Seite 3
Mehr Zeit für die Familie .....	Seite 5
Der demographische Wandel geht uns alle an .....	Seite 7
Nachgefragt: Wo stehen wir eigentlich beim Krippenausbau? .....	Seite 7
Koalition legt mutloses Waldkonzept vor .....	Seite 8
Nachgefragt: Wie geht es eigentlich dem Wald in Nordrhein-Westfalen? .....	Seite 8
Was wir den Wäldern bieten .....	Seite 9
Parteitag der SPD-Bundestagsfraktion .....	Seite 11
Märkische Betriebsräte diskutierten im Bundestag .....	Seite 11
Alle Jahre wieder .....	Seite 11
Praktikantin im Bundestag .....	Seite 11

### Wahlkreis Aktuell

Vorzeitiges Jubiläumsgeschenk .....	Seite 12
Meinerzhagens größter Arbeitgeber .....	Seite 12
Gratulation zum bestandenen Deutsch-Test .....	Seite 12
THW Lüdenscheid: Der neue „GKW“ ist da! .....	Seite 12
Der beste und schlechteste Ort deutscher Geschichte .....	Seite 13
Schule der Waldeslust .....	Seite 13
Wohin mit Oma? .....	Seite 13
Denkanstoß zum Rechtsterrorismus in Deutschland .....	Seite 13
Fortschrittlich und vorbildlich .....	Seite 14
Zukunftsdialog Integration .....	Seite 14
Von bösen Rittern und hungrigen Drachen .....	Seite 14
Umsetzung der Kinderrechte überall .....	Seite 14

Buchtipp & Termine .....	Seite 15
--------------------------	----------

V.i.S.d.P.:  
Petra Crone – MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon 030-227-728 80  
Telefax 030-227-768 86

petra.crone@wk.bundestag.de  
www.petra-crone.de  
Wahlkreisbüro MK 02351-65 38  
Wahlkreisbüro Olpe 02762-98 72 80



## Interview zum Schriftführerdienst im Deutschen Bundestag

Sie schreiben, sie zählen – sie sind die fleißigen Unterstützer des Bundestagspräsidenten. Zwei von ihnen bilden gemeinsam mit ihm im Plenum den Sitzungsvorstand: die Schriftführer. Auch Petra Crone zählt zu den Abgeordneten, die zum Schriftführerdienst berufen wurden.

Der Schriftführerdienst ist eine besonders ehrenvolle Aufgabe, die auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, sei es durch Besucher und Staatsgäste auf der Tribüne oder durch die Fernsehübertragung. Die Schriftführer repräsentieren also in besonderer Weise die Institution Bundestag und damit die deutsche Bevölkerung.

Seit der Abstimmung über den Euro-Rettungsschirm im Deutschen Bundestag höre ich vermehrt Fragen zu meiner Tätigkeit als Schriftführerin im Präsidium. Ich freue mich, dass Dr. Helmut Winkelmann, der Leiter der Unterabteilung Parlamentsdienste im Deutschen Bundestag, für ein Interview zur Verfügung steht. An ihn gebe ich die Fragen gerne weiter.

**Wie wird man SchriftführerIn im Deutschen Bundestag?**

**Herr Dr. Helmut Winkelmann:** Man wird im Plenum des Bundestages gewählt – regelmäßig aufgrund eines gemeinsamen Wahlvorschlages aller Fraktionen, der alle Namen aufführt. Vorher

verständigen sich die Bundestagsfraktionen auf die Gesamtzahl. Diese wird nach einem mathematischen Schlüssel, der generell für die Besetzung der Ausschüsse und anderer Gremien gilt, auf die einzelnen Fraktionen unterverteilt. Dadurch wird erreicht, dass die Zusammensetzung dem Stärkeverhältnis der Fraktionen entspricht. Jede Fraktion schlägt also so viele Schriftführerinnen oder Schriftführer vor, wie ihr Anteil ausmacht.

**Kann jede/r Abgeordnete SchriftführerIn werden?**

**Herr Dr. Helmut Winkelmann:** Grundsätzlich ja; nicht in Betracht kommen aber verständlicherweise Inhaber anderer Ämter im Bundestag oder in der Bundesregierung, wie zum Beispiel Fraktionsvorsitzende oder Minister.

**Wie viele SchriftführerInnen gibt es in der aktuellen 17. Wahlperiode?**

**Herr Dr. Helmut Winkelmann:** In der jetzigen Wahlperiode gibt es 42. Davon entfallen auf die CDU/CSU-Fraktion 16, die SPD-Fraktion 10, die FDP-Fraktion 6 und jeweils 5 auf die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen. 20 der 42 sind Schriftführerinnen.

**Welche Aufgaben hat ein/e SchriftführerIn?**

**Herr Dr. Helmut Winkelmann:** Verschiedene Aufgaben sind zu nennen, die immer paarweise, d. h. Koalition/Opposition, wahrgenommen werden, um die unparteiische Erledigung der Aufgaben herauszustellen: Erstens Dienst im Sitzungsvorstand, links oder rechts vom amtierenden Präsidenten, während einer Plenarsitzung. Links wird die Liste der Redner für einen bestimmten Tagesordnungspunkt geführt; rechts wird die Einhaltung der Redezeiten überwacht. Gemeinsam achtet man auf spontane Wortmeldungen z. B. für eine Zwischenfrage.

Die zweite Aufgabe hängt mit den namentlichen Abstimmungen zusammen. Während normalerweise durch Handzeichen oder Aufstehen abgestimmt wird, wird bei bedeutsameren Themen das Abstimmverhalten jedes Bundestagsmitglieds registriert. Dazu werfen die Abgeordneten namentlich gekennzeichnete Stimmkarten (blau = Ja, rot = Nein, weiß = Enthaltung) in sechs im Plenarsaal aufgestellte Urnen. Dieser Abstimmungsvorgang wird an den Urnen von den Schriftführern überwacht. Anschließend ermitteln sie das Ergebnis durch Zählen der abgegebenen Ja-, Nein- und Enthaltungsstimmkarten. Schließlich, dritte Aufgabe, werden bei einem Hammelsprung die den Plenarsaal betretenden Abgeordneten gezählt.

**Was ist mit dem Hammelsprung gemeint und in welchem Zusammenhang werden die SchriftführerInnen hier tätig?**

**Herr Dr. Helmut Winkelmann:** Ein Hammelsprung kann aus zwei Gründen stattfinden. Ist sich der Sitzungsvorstand bei einer Abstimmung durch Handaufheben oder Aufstehen über das Ergebnis, ob z. B. ein Gesetzentwurf angenommen oder abgelehnt worden ist, nicht einig, findet ein Hammelsprung statt. Alle Abgeordneten haben den Saal zu verlassen. Auf Signal des amtierenden Präsidenten betreten sie wieder den Saal – und zwar durch drei Türen, die durch Ja, Nein oder Enthaltung gekennzeichnet sind. Dabei werden sie gezählt.

Der zweite Anwendungsfall ergibt sich, wenn vor einer Abstimmung von einer Fraktion bezweifelt wird, dass der Bundestag überhaupt beschlussfähig ist. Beschlussfähig ist er, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist, heute als mindestens 311 der 620 Abgeordneten. Aus Fernsehübertragungen weiß man natürlich, dass die Zahl oft niedriger liegt. Die Geschäftsordnung des Bundestages vermutet aber, dass man beschlussfähig ist, solange nicht das Gegenteil festgestellt wird.

**Wie lange dauert an einem Plenartag der Einsatz eines Schriftführers im Präsidium und kommen die Schriftführer auch mehrmals täglich zum Einsatz?**

**Herr Dr. Helmut Winkelmann:** Im Präsidium, d. h. im Sitzungsvorstand, dauert der Dienst zwei Stunden, aber nur einmal am Sitzungstag.

**Nimmt man bei der Einteilung für den Schriftführerdienst Rücksicht auf weitere Termine der Abgeordneten?**

**Herr Dr. Helmut Winkelmann:** Die Einteilung besorgt das Büro des Obmanns der Schriftführer, einer Art von Vorsitzendem des Schriftführerkollegiums. Heutzutage wird mit gewissem Vorlauf jeweils für ein halbes Jahr eingeteilt. Stellen die Schriftführer dann Kollisionen mit anderen Terminen fest, tauschen sie mit anderen Kolleginnen und Kollegen.

**Herr Dr. Winkelmann, ich danke Ihnen für das Gespräch.**

# Mehr Zeit für die Familie

Ein ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Viele Dinge wurden versprochen, die Bundesregierung hat wenige davon gehalten. Insbesondere im Bereich Pflege sind alle Erwartungen enttäuscht worden. Das ausgerufene Jahr der Pflege geht zu Ende, ohne dass eine Pflegereform das Licht der Welt erblickt hätte und das vielgepriesene Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist rechtlich eine Nullnummer.

## Familienpflegezeit macht Pflege zur Privatsache

Die zuständige Familienministerin hatte den Gesetzentwurf als Meilenstein zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf angekündigt. Übrig geblieben ist nun ein wirkungsloses Gesetz ohne Rechtsanspruch, das die Lebenswirklichkeit der Menschen ignoriert. Die Bundesregierung ist vor der Wirtschaft und der FDP eingeknickt. Beschäftigte werden hiermit zu Bittstellern. Ministerin Schröder hat wieder eine Chance verpasst.

Pflegebedingte Auszeiten allein von den Beschäftigten durch Lohnverzicht finanziert werden. Des Weiteren belastet die private Pflichtversicherung einseitig pflegende Angehörige. Die Arbeitgeber sind fein raus, Schwarz-Gelb macht mit diesem Gesetz die Pflege zur reinen Privatsache.

Vor allem für Frauen, die hauptsächlich die Pflege Angehöriger übernehmen und zu einem großen Teil in Teilzeit arbeiten, ist die Familienpflegezeit wenig attraktiv. Es fehlt jeglicher Ansatz, die Betreuung und Pflege zwischen Männern und Frauen partnerschaftlich aufzuteilen.

Es muss vielmehr gelingen, dass älteren Menschen ein menschenwürdiges Altern ermöglicht wird und Angehörige nicht aufgrund von Pflegearbeit aus dem Beruf aussteigen. Wir brauchen deshalb vor allem eine Stärkung der pflegerischen Infrastruktur und der professionellen Pflege. Angehörige brauchen zudem flexible

Zeitmodelle, um pflegebedürftigen Menschen Zuwendung zu schenken und Pflege zu organisieren.

## Reform der Pflegeausbildung

Pflegende – sowohl Professionelle als auch Angehörige – verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung für eine physisch und psychisch äußerst kräftezehrende Arbeit.

Derzeit werden viele Maßnahmen diskutiert, die Pflege am Menschen durch politische Rahmenbedingungen zu verbessern. Dazu gehören zum Beispiel die Zusammenführung der bisherigen Pflegeausbildungen Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege. Das ist richtig und mit Blick auf die Zukunft auch ungeheuer wichtig. Denn ob professionell oder in der Familie pflegend – beides führt häufig zu Überforderung. Ein für die Pflegekräfte möglicher Wechsel zwischen den mit Pflege betreuten Zweigen oder zwischen stationärer und ambulanter Pflege und bessere Aufstiegschancen stehen für uns an oberster Stelle.

In den kommenden Jahren erwarten wir einen hohen Anstieg von Pflegebedürftigen. Der schlanke Staat der Bundesregierung, der schrittweise immer mehr Aufgaben seinen Bürgern überträgt, hilft nicht weiter. Wir brauchen eine gute und moderne Infrastruktur, die Pflegende unterstützt. Dazu gehören für die SPD flächendeckend Pflegestützpunkte und der absehbare Umbau der Pflegeausbildungen sowie weitere Maßnahmen, um den Pflegeberuf attraktiver zu gestalten. Dazu gehört für uns im Gegensatz zur Bundesregierung auch die Finanzierung des dritten Ausbildungsjahres im Rahmen einer Umschulung zum Altenpfleger.

Ein Orientierungspapier Pflege hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits verabschiedet. Derzeit erarbeiten wir mit Verbänden, Gewerkschaften und Ländervertretern detaillierte Forderungen und Vorstellungen zur Reform der Pflegeausbildungen.

## Mehrgenerationenhäuser

Im neuen Anschlussprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ werden von bisher 500 nur noch 450 Häuser gefördert, obwohl die Nachfrage nach wie vor sehr hoch ist. Die SPD-Bundestagsfraktion hat frühzeitig das Potenzial der Mehrgenerationenhäuser für die Kommunen erkannt und sich mit Erfolg für ein Anschlussprogramm eingesetzt. Wir haben die Bundesregierung mit Nachdruck aufgefordert, flächendeckend alle Mehrgenerationenhäuser zu erhalten. Das war auch ein langer persönlicher Kampf um ein mir sehr am Herzen liegendes Projekt. Im Mehrgenerationenhaus in Olpe bin ich bereits Schirmherrin, in Lüdenscheid übernehme ich die Schirmherrschaft im Januar.

Mehrgenerationenhäuser als Hort für die Begegnung von Jung und Alt, von und für Familien, Hilfesuchende, Einheimische und Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere als Kontaktstelle im ländlichen Raum sind meines Erachtens eine wichtige und unerlässliche Stütze für das moderne Gemeinwesen. Glücklicherweise sehen das viele meiner Berliner Kollegen genauso und haben sich im vergangenen Jahr für den Erhalt „ihrer“ Mehrgenerationenhäuser eingesetzt. Es ist gut, dass wir eine teilweise Weiterförderung erreicht haben, aber schade um die Häuser, die wir nicht retten konnten.

Leider sind auch die Bedingungen für die bereits bestehenden Mehrgenerationenhäuser erschwert worden. Sie müssen nun mehrere Schwerpunkte erfüllen, egal, ob diese regionale Bedeutung haben oder nicht. So sind alle Mehrgenerationenhäuser angehalten, Projekte in den Bereichen „Alter und Pflege“, „Bildung und Integration“, „Freiwilliges Engagement“ und „Haushaltsnahe Dienstleistungen“ anzubieten.

## Freiwilligendienst aller Generationen

7.000 Freiwillige engagieren sich unter dem Dach „Freiwilligendienste aller Generationen“. Zu viele, um eine Struktur – wie von der Bundesregierung geplant – schon jetzt nach nur

drei Jahren Programm Laufzeit wieder zu zerlegen. Diesen Standpunkt habe ich in meiner letzten Rede in diesem Jahr vertreten.

Wir brauchen junge wie ältere Menschen, die motiviert sind, sich je nach persönlichem Zeitbudget zu engagieren. Diese Möglichkeit hat der Freiwilligendienst aller Generationen (FdaG) eröffnet und damit einer entscheidenden Voraussetzung für ehrenamtliches Engagement Rechnung getragen. Der neu konstruierte Bundesfreiwilligendienst, der ebenfalls für alle Generationen nutzbar sein soll, leistet dies nicht. Mehr als 20 Stunden in der Woche ehrenamtlich zu arbeiten ist gegenüber der Mindestdauer von 7 Stunden beim FdaG deutlich zu hoch gegriffen. Wir alle erfahren dies vor Ort von Menschen jeder Altersstufe.

64 Prozent aller FdaG-Teilnehmer sind über 50 Jahre alt, erklärte das BMFSFJ zuletzt in einer Pressemitteilung über den Erfolg des Projekts. Das zeigt das enorme Potenzial, das insbesondere Ältere mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen einbringen. Sie wollen dies berechtigterweise in verlässlichen Strukturen tun. Menschen jenseits der 65 Jahre stehen heute noch lange nicht am Ende ihres aktiven Lebens. Alt sein ist nicht gleichbedeutend mit Gebrechen und Hilfsbedürftigkeit. Ältere Menschen wollen sich auf vielfältige Weise engagieren und an der Gesellschaft teilhaben.

Ein Modell zu stoppen, welches genau diese Potenziale nutzen und für die Gesellschaft erreichbar macht, ist mir insbesondere vor dem Hintergrund des demographischen Wandels unverstündlich. Im Gegenteil – wir müssen mehr Geld in die Hand nehmen und gezielt Menschen im Übergang zwischen Berufsleben und Ruhestand ansprechen. Der Bundesfreiwilligendienst tut dies nicht. Es ist unrealistisch anzunehmen, dass Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden, sich zu mindestens einer Halbezeitstelle „freiwillig verpflichten“. Erfolgreiche und sinnvolle Projekte müssen auch verstetigt werden können. Deshalb testen wir sie aus. Das bisherige Vorgehen der Regierungsparteien kann nur als ziellos und ineffizient gewertet werden. Eine dauerhafte Unterstützung von Freiwilligendiensten für alle Alter rückt nach dem Ende des FdaG in weite Ferne.

## Der demographische Wandel geht uns alle an

Der Demographiebericht der Bundesregierung wurde vorgestellt. In diesem Zusammenhang rief ich als Mitglied der AG Demographischer Wandel in der SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung in einer Rede vor dem Parlament auf, möglichst schnell ein umfassendes Pflegekonzept vorzulegen und drängende Fragen nach Vermeidungsstrategien von Altersarmut und guten Bedingungen für die Menschen, ihr Leben möglichst nach ihren Wünschen und Bedürfnissen zu gestalten, zu beantworten.

Die Menschen in unserem Land werden immer älter. Gleichzeitig kommen immer weniger Kinder zur Welt. Diese Veränderungen bei der Bevölkerungszahl und -struktur haben langfristige Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklungen. Die Herausforderung für die Politik ist es, den Bürgerinnen und Bürgern auch unter veränderten Rahmenbedingungen Sicherheit zu geben und ihnen einen guten Lebensstandard zu ermöglichen.

Obwohl die demographische Entwicklung nicht neu ist und auch die Debatte darüber schon lange währt, mangelt es bisher an einer in sich konsistenten, langfristigen und strategischen Antwort auf die Gesamtproblematik. Dabei geht es auch darum, dass die Ansätze auf Bundes- und Länderebene mit kommunaler und europäischer Ebene kompatibel sind.

Nachgefragt:

## Wo stehen wir eigentlich beim Krippenausbau?

Ab dem 1. August 2013 besteht für alle Kinder mit Vollendung des ersten Lebensjahres ein Rechtsanspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Im März 2010 wurden deutschlandweit 472.157 unter Dreijährige in Kindertageseinrichtungen oder durch Tagespflegepersonen betreut. Das entspricht einer Betreuungsquote von 23,1 Prozent. Ein großer Unterschied besteht in der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige zwischen Ost- und Westdeutschland. Während in Ostdeutschland fast die Hälfte der Kinder dieser Altersgruppe außerhäuslich betreut wird (48,1 Prozent), nimmt in Westdeutschland nicht einmal jedes fünfte Kind Kindertagesbetreuung in Anspruch (17,5 Prozent) (Quelle: Erhebungen des Deutschen Jugendinstituts).

Diese Zahlen zeigen deutlich: Die Umsetzung des Rechtsanspruches ist massiv gefährdet. Auch die Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass wir von den zunächst bis 2013 angestrebten 35 Prozent noch weit entfernt sind. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass der Bedarf deutschlandweit bei über 40 Prozent liegt. Hinzu kommt ein bereits schon jetzt in einigen Regionen bestehender Mangel an Erzieherinnen und Erziehern.

Nach Auffassung der SPD braucht es daher ein zusätzliches finanzielles Engagement des Bundes zur Sicherung des Rechtsanspruches auf Bildung und Betreuung ab dem ersten Lebensjahr für alle Kinder. Die erforderlichen Mehrausgaben sollten durch den „Nationalen Pakt für Bildung und Entschuldung“ finanziert werden. Doch die Koalition aus CDU/CSU und FDP nimmt keinen einzigen Cent für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in die Hand. Lieber werden Milliardensummen für das Betreuungsgeld aufgewendet. Das Betreuungsgeld, das für die Nichtinanspruchnahme einer Kindertageseinrichtung gezahlt werden soll, ist unsinnig. Pro Betreuungsgeld heißt kontra Chancen!

## Koalition legt mutloses Waldkonzept vor

Im Plenum haben wir die von der Bundesregierung vorgelegte Waldstrategie diskutiert. Als Hauptrednerin für die SPD-Fraktion habe ich dabei das mutlose Vorgehen der Bundesregierung bei der Waldstrategie 2020 bedauert. Sie hat über drei Jahre gebraucht, um eine Waldstrategie zu erarbeiten.

Der Ehrgeiz, nach Lösungen für ein ganzheitliches Waldkonzept zu suchen, blieb nach großen Ankündigungen im Kleinen stecken. Die scheinbar ewigen Gegensätze zwischen Schutz und Nutzung der Wälder werden nicht aufgelöst.

Die Koalitionsfraktionen wollen kein hohes Schutzniveau für unsere bewirtschafteten Wälder. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest: Wer den Wald nachhaltig und ökonomisch

Nachgefragt:

## Wie geht es eigentlich dem Wald in Nordrhein-Westfalen?

Allerdings hat sich der Zustand des Waldes in unserem Bundesland im Vergleich zum Vorjahr weiter verschlechtert. Das Ergebnis des Waldzustandsberichts 2011 zeigt Beunruhigendes auf: Der Kronen- und Benadelungszustand hat ein historisches Tief seit Beginn der Untersuchung im Jahr 1984 erreicht. Das betrifft die Hauptbaumarten Buche, Eiche, Kiefer und Fichte gleichermaßen. An den Kronen lässt sich die Vitalität der Waldbäume gut beobachten. Insgesamt weisen in NRW nur noch 24 Prozent aller Bäume keine Schäden auf; schwache Schäden sind an 43 Prozent der Bäume, deutliche Schäden an 33 Prozent der Bäume erkennbar. Diese Ergebnisse sind bei Laub- und Nadelbäumen prinzipiell gleich zu beobachten.

Nach Auffassung des Landesbetriebs Wald und Holz NRW hat der Wald zunehmend mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen. Wichtige



nutzen will, kommt um die Aufnahme der guten fachlichen Praxis in das Bundeswaldgesetz nicht herum. Der Wald ist ein komplizierter Lebensraum und eine anspruchsvolle Produktionsstätte. Die Gesellschaft ist beim Schutz und bei der Nutzung des Waldes auf qualifiziertes Forstpersonal angewiesen. Daher tritt die SPD-Bundestagsfraktion für einen forstlichen Mindestlohn ein.

Einflussfaktoren sind in 2011 besonders die Trockenheit im Frühjahr und Frühsommer sowie die starke Fruchtbildung bei fast allen Bäumen gewesen. Das setzt den Wald unter starken Stress.

Es muss uns gelingen, den Wald zu einem Ökosystem umzubauen, das den Folgen des Klimawandels widerstehen kann. Dazu gehört eine vorbildliche Verbindung zwischen Ökologie, Ökonomie und Soziales. Die Wälder haben nur dann eine Chance, wenn stets alle drei Aspekte bei der Bewirtschaftung Berücksichtigung finden. Monokulturen im Privatwald müssen der Vergangenheit angehören. Als Modell für die Zukunft kann der NRW-Staatswald dienen, der nach dem FSC-Siegel zertifiziert ist.

## Wald- und Forstpolitik im Bundestag 2011

# Was wir den Wäldern bieten ...

In wenigen Tagen geht das Internationale Jahr der Wälder 2011 zu Ende. Vielfältige Akteure haben sich an dem Aufruf der Vereinten Nationen beteiligt. Im Zentrum der mehr als 6.000 Aktivitäten stand bei der deutschen, vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz organisierten, Kampagne die Frage: „Was würde uns im Leben fehlen – ohne ihn – den Wald?“.

Bei aller Kritik am mangelnden konkreten Engagement der Bundesministerin Ilse Aigner für den Wald zielt die Frage ins Mark. Ohne Wald würde uns ein Stück Lebensfreude genommen, ein Ort für Erholung und Freizeit. Er ist ein wichtiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen und gleichzeitig Grundlage für die Holz- und

Papierindustrie. Der Wald gibt Försterinnen und Förstern Beschäftigung und ermöglicht Generationen von Waldbesitzern einen Ertrag. Heutzutage ist Holz gefragt denn je.

Kein Wunder also, dass der Wald im Jahr 2011 auch im Deutschen Bundestag häufiger zum Thema wurde.

### Verheizen wir unseren Wald?

In den vergangenen Jahren konnten wir einen regelrechten Run auf den Brennstoff Holz beobachten. Ein wesentlicher Grund dafür ist die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgeschriebene Einspeisevergütung für Strom aus Holz. Durch diese Subventionierung wird immer mehr Holz immer schneller verheizt. Nachhaltigere Nutzungsformen – die stoffliche

Verwertung in Möbeln etwa – haben dabei das Nachsehen. Bei der in diesem Jahr anstehenden Novelle des EEG habe ich für ein Ende der EEG-Vergütung für Energie aus Holz plädiert. Die stoffliche Verwertung von Holz muss Vorrang vor der energetischen Nutzung haben.

Auch wurden die Forderungen forciert, eine Verbrennung von Holz in Kohlekraftwerken zu ermöglichen. Ich bin mehr als skeptisch: Wir erreichen die Energiewende nicht dadurch, dass man Heizöl und Kohle einfach durch Holz ersetzt. So viel Holz können unsere Wälder nicht liefern. Auch beim Holzimport bleiben viele Fragen offen. Ich wünsche mir für das Jahr 2012 endlich Nachhaltigkeitskriterien für die energetische Verwendung fester Biomasse wie Holz.

### Mutloses Waldkonzept der Regierung

Die Bundesregierung hat über drei Jahre gebraucht, um die im September 2011 vorgelegte Waldstrategie 2020 zu erarbeiten. Ein erster Entwurf wurde Anfang des Jahres nach heftiger Kritik sowohl von Naturschutz- und Umweltverbänden als auch von Forstverbänden zurückgezogen. Die verabschiedete Version ist insgesamt um Einiges besser. Wichtige Kernforderungen sind enthalten, zum Beispiel die Bekenntnisse zu den Zielen der Nationalen Biodiversitätsstrategie, zur Notwendigkeit ungenutzter Wälder, zu der Erfordernis naturnaher, strukturreicher Wäldern mit überwiegend heimischen Baumarten, zur Naturwaldforschung und zur Aufnahme der Forstforschungsergebnisse in Praxis.

Doch es gibt nach wie vor Stellen, die kritisch sind. Daran merke ich, dass es an vielen Stellen nur möglich war Kuhhandel zu betreiben und Kompromisse zu schließen. Warum wird das Biodiversitätsziel, fünf Prozent der deutschen Waldfläche bzw. zehn Prozent des öffentlichen Waldes einer natürlichen Waldentwicklung zu überlassen, nicht auch explizit in der Waldstrategie genannt? Dies gibt Stimmen recht, die sich freuen, dass das „Konfliktfeld Biodiversität im Wald“ entschärft wurde. Biologische

Vielfalt im Wald kann nie ein Konflikt sein! Der Wald ist ein komplizierter Lebensraum und eine anspruchsvolle Produktionsstätte. Der Wald ist keine Maschine, die „einfach funktioniert“.

Der Vorschlag, dass wir strukturreiche Mischwälder mit überwiegend heimischen Baumarten brauchen ist angesichts des Klimawandels zu unterstützen. Die dann vorgeschlagenen Maßnahmen wie eine Optimierung der Umtriebszeiten sind dann leider doch kein klares Bekenntnis zur naturnahen Waldwirtschaft. Meine Forderung nach Verankerung der guten fachlichen Praxis bleibt daher weiterhin aktuell, zumal die Waldstrategie 2020 bekundet, keine Gesetzesänderungen am Bundeswaldgesetz und am Bundesjagdgesetz vorzunehmen. Die Rechtslage im Bundeswaldgesetz ist angesichts der steigenden Anforderungen an den Wald nicht ausreichend. Es würde der natürlichen Verjüngung des Waldes gut tun, wenn die Rechtslage im Bundesjagdgesetz so wäre, dass sich die Abschusspläne an den Waldanforderungen orientieren.

Insgesamt ist die Waldstrategie 2020 kein großer Wurf. Sie dient in der Summe eher der Holzindustrie als der Natur. Die Oppositionsfractionen im Deutschen Bundestag haben sich gemeinsam entschlossen, im Februar 2012 eine Anhörung durchzuführen. Meine Kernforderungen werde ich an dieser Stelle gern und mit Nachdruck wiederholen. Die Gesellschaft ist beim Schutz und bei der Nutzung des Waldes auf qualifiziertes Forstpersonal angewiesen. Daher tritt die SPD-Bundestagsfraktion für einen forstlichen Mindestlohn ein.

*„Weißt Du was ein Wald ist?  
Ist ein Wald etwa nur zehntausend Klafter Holz?  
Oder ist er eine grüne Menschenfreude?“  
(Bertolt Brecht)*

„Er ist beides!“, möchte ich Bertolt Brecht zurufen.



## Parteitag der SPD-Bundestagsfraktion

Als Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Parteirates nahm ich am Parteitag der SPD vom 4. – 6. Dezember teil. Zusammen mit den Delegierten aus dem Märkischen Kreis und dem Kreis Olpe führte ich ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier.



## Märkische Betriebsräte diskutierten im Bundestag

Auf der alljährlichen Berliner Betriebs- und Personalrätekonferenz diskutierten diesmal auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion mehr als 250 Gäste mit VertreterInnen aus Politik und Gewerkschaft über Entgeltgleichheit und die Zukunft des Tarifsystems. Als Delegation aus dem Wahlkreis durfte ich Rainer Schmolke und Rüdiger Schön von der Kostal GmbH begrüßen.



## Alle Jahre wieder ...

„Alle Jahre wieder“ ist auch das Motto des Vereins ‚Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung‘, der in diesem Jahr bereits zum neunten Mal einen festlich geschmückten Weihnachtsbaum an den Deutschen Bundestag übergab.



## Praktikantin im Bundestag

Katharina Schmidt, 18-jährige Schülerin aus Attendorn, absolvierte in den Herbstferien ein zweiwöchiges Praktikum in meinem Bundestagsbüro in Berlin und schaute mir bei der parlamentarischen Arbeit über die Schulter.



## Vorzeitiges Jubiläumsgeschenk

Im Dezember feiert das DRK-Mehrgenerationenhaus Olpe sein 25-jähriges Jubiläum. Ein vorzeitiges Jubiläumsgeschenk kam aus Berlin, denn die Weiterförderung des Hauses ist für die nächsten drei Jahre gesichert.



## Gratulation zum bestandenen Deutsch-Test

Zu einer kleinen Feierstunde hatte der Internationale Bund (IB) in Lüdenscheid eingeladen. 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Sprachkurses erhielten ihre Zeugnisse. Die Sprache gehört für Zuwanderer zum wichtigen Rüstzeug, um in einem neuen Land Fuß zu fassen. In diesem Kurs kamen Menschen aus sieben Nationen zusammen, die gemeinsam die Grundlagen der deutschen Sprache erfolgreich gelernt haben.



## Meinerzhagens größter Arbeitgeber

Während meines Besuchs bei der Otto Fuchs KG konnte ich mir einen intensiven Einblick in die Firmenphilosophie und die Produktion verschaffen. Besonders freue ich mich darüber, dass rund 70 junge Leute in verschiedenen Bereichen eine qualifizierte Ausbildung erhalten. Ausbildung vor Ort ist wichtig, um junge Menschen an unsere Region zu binden.



## THW Lüdenscheid: Der neue „GKW“ ist da!

Technisch auf dem neuesten Stand ist der neue Gerätekraftwagen, den THW- Ortsbeauftragter Klaus Cordt gemeinsam mit seinem Team präsentieren konnte. Die Lüdenscheider THW-Gruppe hatte zur Probefahrt eingeladen. Die heimischen Bundespolitiker hatten sich dafür stark gemacht, die Ortsgruppe mit einem neuen Fahrzeug auszustatten.



## Der beste und schlechteste Ort deutscher Geschichte

Zu einem Gespräch mit einer Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis traf ich mich in Thüringen. Die dreitägige Reise zur Gedenkstätte Buchenwald und der Stadt Weimar wurde von meinem Büro über die Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert. Solche politischen Informationsfahrten finden meine volle Unterstützung und sind ein Beitrag, damit die Gräueltaten der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten.



## Schule der Waldeslust

Vom vielfältigen Angebot der Waldschule in Letmathe konnte ich mich bei einem Besuch dort überzeugen. Der Wald ist wichtig für Mensch und Umwelt und ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Für unsere Kinder sind die Erfahrungen im Wald ein wichtiger Baustein zu einem bewussten Umgang mit den Ressourcen der Natur und deren sinnvolle Nutzung, auch im Hinblick auf die viel diskutierte Energiewende.



## Legislatives Theater Berlin fragte in Wenden Wohin mit Oma?

Das legislative Theater bringt Politik auf ungewöhnliche Art näher. Schon zum zweiten Mal gelang es mithilfe der Friedrich Ebert-Stiftung, das Ensemble in meinen Wahlkreis zu holen. Aktuell ist das Stück allemal. Es setzt sich mit Überforderung bei der Pflege, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sowie der Pflegequalität auseinander. Themen, die nicht nur in großen Städten interessieren, sondern auch für unsere ländliche Gegend von Belang sind.



## Fortschrittlich und vorbildlich

Bei einem Besuch der Fortbildungsakademie für Gesundheitshilfe in Olpe konnte ich mich vom vorbildlichen Konzept der Bildungseinrichtung überzeugen. Ich freue mich, dass die Schule für Nachwuchspersonal in den Pflegeeinrichtungen im Kreis Olpe und im Märkischen Kreis sorgt, zumal in den nächsten Jahren die Zahl der Pflegebedürftigen steigt und mehr Pflegefachkräfte benötigt werden.



Bundesweiter Vorlesetag 2011

## Von bösen Rittern und hungrigen Drachen

Die Einladung zum bundesweiten Vorlesetag der ‚Stiftung Lesen‘ nehme ich traditionell gerne zum Anlass, um selbst aktiv zu werden. Kindern und Jugendlichen eine lebendige Lesekultur zu vermitteln, ist ein wichtiger Baustein für ihre Bildung. Die Kinder der Gutenberg-Gemeinschafts-Grundschule in Finnentrop rückten in der Bibliothek zusammen und die Kinder der Westschule versammelten sich in der Stadtbücherei Lüdenscheid und verfolgten aufmerksam das Schicksal der Buchhelden.



## Zukunftsdialog Integration

Im Rahmen des ‚Zukunftsdialog Integration‘ der SPD-Bundestagsfraktion beteiligte ich mich sehr gerne am gemeinsamen Gedankenaustausch der türkischen Frauengruppe im AWO-Mehrgenerationenhaus am Duisbergweg. Bei einem gemütlichen Frühstück konnte ich mich über die Situation der Frauen informieren und bekam Einblicke in die Schwierigkeiten, die Menschen mit Migrationshintergrund bei uns immer noch haben.



## Umsetzung der Kinderrechte überall

‚Kinder haben Rechte‘ lautete das Motto des Unicef-Aktionstages in Lüdenscheid. Vom Engagement der Kinder war ich sehr beeindruckt. Kinderrechte müssen weiter gestärkt und bekannter gemacht werden. Ihre Umsetzung muss überall in Deutschland selbstverständlich sein. Ich werde mich weiterhin für die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz einsetzen.

## Denkanstoß zum Rechtsterrorismus in Deutschland

„Das da hätt' einmal fast die Welt regiert,  
Die Völker wurden seiner Herr.  
Jedoch ich wollte,  
dass ihr nicht schon triumphiert:  
Der Schoß ist fruchtbar noch  
aus dem das kroch.“

Bertolt Brecht:  
Der aufhaltsame Aufstieg  
des Arturo Ui – 1941



## Kristof Magnusson „Das war ich nicht“

Über Liebe, Freundschaft und das Leben in Zeiten fallender Kurse

Jasper Lüdemann hat es geschafft. Er ist aus dem Back Office in den Händlersaal der großen Investmentbank in Chicago aufgestiegen, Desk 3, Futures und Optionen. Jetzt kann er zeigen,

was in ihm steckt. Privatleben ist abgemeldet. Zwischen Dreißig und Vierzig muss man für die Karriere brennen.

Meike ist Übersetzerin. Der Bestsellerautor Henry LaMarck ist „ihr“ Autor, ihre Existenzgrundlage. Den versprochenen großen Roman hat er nicht abgeliefert und ist auch nicht erreichbar. Um ihn zu finden, ist sie in Chicago. Henry LaMarck ist von der Verlagsparty zu seinem sechzigsten Geburtstag abgehauen und in einem Hotel untergetaucht. Er kann nicht mehr schreiben, er ist einsam, aber er hat sich verliebt. In ein Foto von einem jungen Banker, der verzweifelt auf die fallenden Kurse starrt. Fallende Kurse. Seit Jasper Meike in einem Cafe getroffen hat, brennt er für sie. Um ihr zu imponieren, zeigt er ihr, wie man Geschäfte macht. Er kauft Optionen ohne Kundenvollmacht. Erst macht er Gewinn. Dann Verluste, existenzgefährdende Verluste. Eine aussichtslose Lage, bis er Henry LaMarck begegnet.

„Das war ich nicht“ erzählt von drei Menschen, deren Leben durch Zufall in eine abenteuerliche Abhängigkeit gerät. Und gäbe es nicht die Möglichkeit der Liebe, vielleicht auch ihre Unmöglichkeit, die dem Leben eine andere, unvermutete Wendung gibt, wer weiß, ob sich ein Ausweg finden würde. Eine Bank, ein Leben ist schnell ruiniert.

Goldmann Verlag  
288 Seiten  
ISBN 3-442-47459-0 | € 8,99

## TERMINE

**09.01.2012**

Besuch der Leopold Kostal GmbH & Co. KG, Lüdenscheid

**10.01.2012**

Besuch des AWO-Mehrgenerationenhauses in Lüdenscheid

**12.01.2012**

Fachtagung ‚Übergänge – Lebensphasen gestalten‘  
Haus Nordhelle, Meinerzhagen

**16. – 27.01.2012**

Sitzungswochen in Berlin

**04.02.2012**

Neugeborenenempfang, Kierspe